



# „Europäische Union – demokratisch ungenügend!“

Von Wolfgang Moeller (Strubb)

„Kannst du nicht 'mal im Herbst wiederkommen und auf unserer Versammlung von euren Erfahrungen mit der EU berichten?“ fragte mich Lasse mit ärgerlich gerunzelter Stirn. Er hatte gerade in dem der norwegischen Bauernpartei nahestehenden Wochenblatt gelesen, daß es in Brüssel Überlegungen gäbe, die Schutzkleidung für Feuerwehrleute europaweit zu vereinheitlichen. Birgit und Lasse sind Landwirte in Ostnorwegen und hatten in zwei Volksabstimmungen ihrer großen Sorge Ausdruck gegeben, daß sich wieder einmal ausländische Mächte anmaßen wollten, über die Geschicke ihres Landes zu bestimmen. Die Norweger hatten damit schon zu viele – und nicht gerade leidlose – Erfahrungen gemacht: Jahrhunderte lang Herrschaft unter der dänischen Krone, die nahtlos in eine schwedische Regentschaft überging; kaum hatten sie 1905 endlich ihre Unabhängigkeit unblutig erkämpft, wurde das Land fünf Jahre lang von den Nazis besetzt, die alle hinlänglich bekannten Register zogen. Und nun sollten sich die Norweger freiwillig wieder Regelungen unterwerfen, die sie kaum beeinflussen können würden, ausgeheckt an den Schreibtischen einiger Bürokraten, die weder Kenntnisse noch Interesse an den Besonderheiten und Notwendigkeiten dieses 4½-Millionen-Landes hatten.

Birgit und Lasse waren froh, daß sie gegen den von ihren Sozialdemokraten angestrebten EU-Beitritt persönlich stimmen konnten. Im Gegensatz zu uns, die wir nie gefragt wurden, ob wir beitreten wollten, entschied sich die norwegische Bevölkerung in zwei Volksabstimmungen (1972 und 1994) gegen die EU – zwar

knapp, aber demokratisch. Vor allem für die Landwirtschaft und die Fischerei hätte ein EU-Beitritt dramatische Folgen: aufgrund der klimatischen und geographischen Verhältnisse liegt die Betriebsgröße der Höfe zum größten Teil unter der von der EU tolerierten Mindestgröße. Landwirte – besonders in Mittel- und Nordnorwegen – wären gezwungen, ihre Höfe aufzugeben. Sie, die auch landschaftspflegerische Aufgaben wahrnehmen, würden in die südlichen Landesteile abwandern müssen, mit sozialem und wirtschaftlichem Risiko. Die Fischer müßten die vor ihrer Küste ohnehin zurückgehenden Fischbestände mit den für ruppigere Methoden bekannten portugiesischen, spanischen und anderen Fischern teilen.

Landwirtschaft und Fischerei machen in Norwegen natürlich nur einen geringen Teil des BSP aus. Das waren auch immer die Streitpunkte, über die ich mit meinen Freunden Morten, Bjørn und Ove in Oslo und Stavanger heftig diskutierte. Sie gehören zu der knappen Minderheit der Beitrittsbefürworter, die vorwiegend in den städtischen Zentren leben. Aus vorwiegend kulturellen Gründen dem Festland-Europa zugewandt haben sie die Bezüge zu ihrer ländlichen Herkunft gekappt. Sie haben Sorge, daß sich ihr Land isoliert, sie ärgern sich über die staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft, sorgen sich darum, daß Industrien abwandern könnten, und vor allem hoffen sie mit einem EU-Beitritt auf eine Lockerung des staatlichen Alkoholmonopols.

Die EU ist natürlich an einem reichen Nettozahler Norwegen interessiert. Solange Öl und Gas fließen, kann sich das Land vieles leisten, auch die Subventionen zum Erhalt der Landwirtschaft. Die Wirtschaft brummt, besser als je zuvor und allen Unkenrufen zum Trotz, die Arbeitslosigkeit liegt bei beneidenswerten 3,8 %. Und isoliert ist das Land nicht: über die EFTA-Absprachen hat Norwegen inzwischen – teilweise von der Bevölkerung unbemerkt – viel mehr EU-Regelungen übernommen,

als ihr lieb wäre. Und auch finanziell ist das Land mit jährlichen Zahlungen an die EU dabei. Die aromatischen kleinen Äpfel der Sognefjord-Obstbauern dürfen – den EU-Regeln zum Trotz – weiterhin auf dem Wochenmarkt verkauft werden, obwohl viele kleiner als 6 cm Durchmesser sind.

\*\*\*



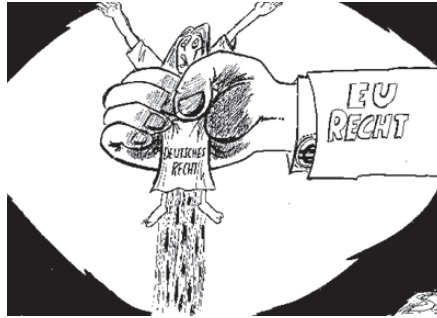
Verlagern wir das Blickfeld: Europa, genauer gesagt die **Europäische Union**, wird nach anfänglicher Euphorie inzwischen in zunehmendem Maße von vielen Bürgern in den europäischen Ländern skeptisch oder gar ablehnend bewertet. Sie ist seit 50 Jahren ein Projekt jener politischen und wirtschaftlichen Kreise, die es bis zu den negativen Referenden über die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden wenig interessierte, ob das Volk Europa mag oder nicht. In der Schaltzentrale jener Eliten werden die Entscheidungen gefällt und die Fakten geschaffen, die uns Bürger zunächst auch nicht sonderlich interessierten, weil wir meinten, daß sie uns nicht betrafen, oder weil wir sie nicht verstanden, wie z. B. die EU-Markordnung oder Zollregelungen. Zwar dürfen wir das Europäische Parlament wählen, doch wem ist schon klar, wann, warum und worüber es entscheidet. Die Abläufe in Brüssel und Straßburg sind so kompliziert, daß sie kein normaler Mensch verfolgen kann. Na und? – könnte ich sagen, mich zufrieden zurücklehnen, solange meine Regierung das letzte Wort hat, entsteht doch noch kein Demokratieproblem. Doch so funktioniert die EU schon längst nicht mehr. In dem kompliziert gewordenen EU-Gebilde werden – für uns wenig transparent – von einem

**NEI  
TIL EU**



Beamtenapparat und von der EU-Kommission Verordnungen, Richtlinien und Rahmenbeschlüsse vorbereitet und dann vom Ministerrat (also den Regierungsvertretern der Mitgliedsstaaten) verabschiedet, die dann in jedem Mitgliedsland in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Das Europäische Parlament spielt in diesem Prozeß eine Nebenrolle, oftmals auch gar keine. Und unser Bundestag – der stempelt und unterschreibt dann oft nur noch, einem Notar gleich, die Gesetze, über die wir uns bisweilen die Augen reiben. Ich muß allerdings gestehen, daß meine Demokratiekritik etwas porös ist: im Falle des Nicht-raucher-Schutzgesetzes wäre ich tatsächlich dafür, dem EU-Diktat den Vorzug zu geben.

„EU-Recht ersetzt nationales Recht“ – das mag sich für manche recht harmlos anhören, doch wenn ich lese, daß der ehemalige Vizepräsident der EG-Kommission (1991) Martin Bangemann schrieb, daß fast jedes zweite deutsche Gesetz seinen Ursprung in



Dieses undurchsichtige Gemauschel wird von Kreisen getragen und gefördert, denen transparente und demokratische Vorgehensweisen sicher nicht ihr wichtigstes Anliegen sind. In einem Papier des Arbeitskreises Europa/Welt des Vereins „Mehr Demokratie e. V.“ spricht man von Brüssel als einem Mekka des Lobbyismus. Derzeit (2005) seien 15.000 Interessenvertreter vor Ort, die alle nationalen Interessengruppen vertreten. Neben Verbänden seien auch über 200 multinationale Konzerne mit Verbindungsbüros vertreten, es gebe zahlreiche Lobbyagenturen, 250 Kanzleien

ordnete sähen in den von Unternehmen und Verbänden gelieferten Informationen wesentliches Basiswissen.

Während sich EU-Kommission und unsere Regierung im EU-Erweiterungstempo steigerten – erst im Mai 2004 waren zehn, in diesem Januar zwei neue Länder hinzugekommen – wird der Unmut in der Bevölkerung spürbarer. Uns Bürger stören neben den ausufernden Kosten für den Apparat vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Die Sorge, daß Arbeitslosigkeit durch die Erweiterung und die damit verbundene Produktionsverlagerung steigt, ist schon lange nicht mehr grundlos, sondern inzwischen belegbar. Nicht selten sind es Firmen, die hier durch Steuermittel gefördert wurden, am neuen Standort erneut Fördermittel erhalten oder die anfänglichen Verluste im Ausland in Deutschland steuermindernd geltend machen. Parallel dazu drängen die Lobbygruppen zu Lohnverzicht und sozialen Einschränkungen unter Androhung weiteren Arbeitsplatzabbaus.



*„Würde sich die EU bei uns um Beitritt bewerben, müssten wir sagen: demokratisch ungenügend!“*

(Günter Verheugen, EU-Kommissar)

Brüssel habe, der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl 1998 in einem Artikel in Der Spiegel über die „Brüsseler Republik“ bemerkt, „70 Prozent der deutschen Innenpolitik werden in Brüssel gemacht“, und daß laut Bundestagsabgeordnetem Gerd Müller von den 23.000 Gesetzen, die den Bundestag von 1998 bis 2004 passierten, fast 80 Prozent der Vorlagen aus Brüssel kamen, dann bekomme ich ein merkwürdig unwohles Gefühl. Das verstärkt sich noch beim Überfliegen zahlreicher Internetseiten zwecks Stoffsammlung für dieses Heft, als ich auf ein Zitat des luxemburgischen Premiers Jean-Claude Juncker zur Entscheidungskultur auf den EU-Regierungskonferenzen treffe: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (Der Spiegel, 52/1999, S. 136)

und Beratungsbüros. Der o. g. Arbeitskreis sieht diesen Lobbyismus problematischer als den (auch problematischen) auf nationalstaatlicher Ebene, da beim Zustandekommen von EU-Richtlinien auf die Beratung und Mitwirkung von Lobbyisten zurückgegriffen werde, im Gegensatz zum Bundestag, dem ein Wissenschaftlicher Dienst zur Seite steht. EU-Abge-



Zwischen 2007 und 2013 werden allein Rumänien und Bulgarien 44 Milliarden Euro an Fördermitteln erhalten, rund 11 Milliarden davon muß Deutschland aufbringen. Kein anderes Land steuert zum EU-Haushalt so viel bei wie Deutschland, jeder fünfte Euro, den EU-Institutionen in den Mitgliedsländern ausgeben, kommt von deutschen Steuerzahlern. Von den deutschen Mitgliedsbeiträgen an die EU flossen zwar (lt. Eurostat/2004) wieder zwei Drittel zurück, doch blieben immerhin noch 7,65 Milliarden Euro als Nettoszahlung in den Brüsseler Kassen, etwa viermal so viel wie z. B. die Zahlungen Frankreichs.

Von den Nettoempfängern Irland, Griechenland, Portugal und Spanien erhielt allein Spanien 8,7 Mrd. Euro. Auf den großartig ausgebauten und asphaltierten Landstraßen am Fuße der Pyrenäen sah ich zahlreiche glücklich trotternde Schafe, doch kaum ein Auto. Ginge alles mit rechten Dingen und vor allem gerecht zu, hätte sicher



niemand etwas gegen Zahlungen an die Länder im Aufholprozeß (ich vermeide hier den Begriff „arme Länder“). Vergleicht man die Wirtschaftskraft der Mitgliedsländer, lag die Bundesrepublik 2004 nur auf Platz elf; nur Italien, Spanien, Griechenland und Portugal erwirtschafteten weniger als Deutschland. (Zahlenquelle: Focus 20/2005)

Kein Wunder, daß die Zustimmung zu einer Erweiterung der EU bei den Ländern am größten ist, die beste Erfahrungen mit ihr machen (in Spanien: fast 70 % der Bevölkerung). Vor allem in Deutschland und Österreich hat die Europaskepsis seit 2004 (also vor der Osterweiterung) stark zugenommen. Und nicht nur bei uns schlichten Bürgern, die wir als Laien „die vielen Vorteile einer erweiterten EU noch nicht richtig verstehen“. Daß man bei der Euro-Einführung undemokratisch vorging, geben jetzt sogar



Politiker zu (siehe Zitate im Kasten). Ruck-zuck waren – anders als in den Nachbarländern – bei uns die Preis-Doppelauszeichnungen (Euro/DM) verschwunden, die die Betrügereien offensichtlicher gemacht hätten. Da war von Verbraucherschutz keine Spur, die Ministerin flüchtete vor dem Euro-Wahn in den der Rinder. „... dem Volk zu dienen und Schaden von ihm wenden.“ – Das Volk definieren manche Politiker anscheinend inzwischen anders als ich, und ich frage mich, ob bei manchen der jüngsten Gerichtsurteile die Formel „Im Namen des Volkes“ seine Berechtigung hat.

Es wird immer hervorgehoben, daß wir wirtschaftlich doch großartige Vorteile von der EU haben. Und diejenigen, die sich mit Grenzübertreten ohne Paß- oder Ausweiskontrolle und Bezahlen in Euro ohne lästiges Umrechnen als Vorteilen einer Europäischen Union zufriedengeben, stim-

men in das Konzert ein. Doch um die vielen schrägen Zwischentöne zu hören und die falschen Vorzeichen auf den Notenlinien zu erkennen, muß man nicht musikalisch sein.

### Nachfolgend einige der Hauptkritikpunkte an der EU:

**Bürokratie** – Als „Eurokratie“ bezeichnen Kritiker die gesichtslos und undurchschaubare enorme Bürokratie mit ihrer Entscheidungseffizienz und Zersplitterung bei der Gesetzgebung, die zu Handlungsunfähigkeit beiträgt.

**Bürgerferne** – Die EU-Bevölkerung bildet bis jetzt keine durch Zusammengehörigkeitsgefühl geeinte Bürgerschaft; die nationalen Kulturen und die im nationalstaatlichen Rahmen gemachten historisch-politischen Erfahrungen herrschen einstweilen vor. „Brüssel“ liegt insofern für viele fernab und tritt als überbürokratischer Störfaktor in Erscheinung, wenn über Verordnungen nationale und traditionelle Regelungen aus den Angeln gehoben werden.

**Demokratiedefizit** – „Würde sich die EU bei uns um Beitritt bewerben, müßten wir sagen: demokratisch ungenügend,“ hat Günter Verheugen gesagt, dessen Töne nach seiner überhasteten Erweiterungspolitik inzwischen vorsichtiger und besonnener geworden sind. Das bedenkliche Demokratiedefizit liegt u. a. in der unterlegenen Rolle des EU-Parlaments (als Repräsentationsorgan der Gesamtbevölkerung der Union) gegenüber dem Ministerrat (dem Organ der einzelstaatlichen Regierungen). Dieser bestimmte als vereinigte Exekutive hauptsächlich die Gesetzgebung der Gemeinschaft – ein Defizit im Prinzip der Gewaltenteilung. Inzwischen ist durch diverse Verträge und Akte die Stellung des EU-Parlaments gegenüber dem Rat aufgewertet – eine Gleichstellung gibt es bisher noch nicht.

**Ökonomischer Schwerpunkt** – Entstehung und Geschichte der EU sind vor allem von Integrationsfortschritten auf wirtschaftlichem Gebiet bestimmt – bis zu den jüngsten EU-Erweiterungen Hauptmotive der Beitrittsgesuche. Versuche einer Ausdehnung auf politische und gesellschaftliche Ebenen, um als Einheit eine weltpolitische Rolle übernehmen zu können, scheiterten bisher an den

unterschiedlichen Zielvorstellungen: bundesstaatlich-supranationale Strömungen (**Bundesstaat**) gegen solche freihändlerisch-tergouvernementaler Ausrichtung (**Staatenbund**). Die EU-Ökonomie hat in ihrer Außenwirkung eher schädlichen Charakter: die garantierte Preisbedingten hohen Produktionsüberschüsse im EU-Agrarbereich, die in Entwicklungsländern über Jahrzehnte zu Dumpingpreisen auf die Märkte gelangen, behindern die örtliche Eigenproduktion oder bringen sie zum Erliegen. Für Produkte aus den meisten Entwicklungsländern erhebt die EU hohe Einfuhrzölle.

### Kritikpunkt „EU-Finanzierung“

Die Finanzierung des EU-Haushalts liegt ungleichmäßig und unproportional zur Leistungsfähigkeit auf den Schultern der Mitgliedsländer. Da der Haushaltsplan vom Rat der EU (Vertreter der nationalstaatlichen Regierungen) erstellt wird, stehen nationale Interessen oft vor gesamt-europäischen (u. a. „Brittenrabatt“). Das Monstrum „EU-Agrarhaushalt“, mit 49 Mrd. Euro fast die Hälfte des EU-Gesamthaushalts, soll schon seit Jahrzehnten korrigiert werden – bisher scheiterten alle Versuche. Der große Personalbedarf allein der Kommission mit fast 27.000 Mitarbeitern sowie die Übersetzung aller Dokumente und Reden in alle (gleichberechtigten) Amtssprachen stellen einen enormen Kostenfaktor des bürokratischen Apparates dar. (EU-Personal: gesamt ca. 39.000, davon EU-Parlament 5.500, Ministerrat 3.280, EU-Agenturen 3.500)

### Bedeutungsverlust regionaler Eigenheiten

– Im Zuge einer Vereinheitlichung und Marktöffnung wird auch ein Bedeutungsverlust regionaler Eigenheiten deutlich. So entschied z. B. der EU-Gerichtshof, daß der deutsche Markt auch für Biere geöffnet werden mußte, die nicht dem deutschen Reinheitsgebot entsprechen. Die Bewohner im Norden Lapplands dürfen seit ihrem Beitritt ihr Fleisch nicht mehr wie gewohnt aufbewahren, sondern sind gezwungen, es in entfernte zentrale kommunale Kühlhäuser zu bringen. Sollte Norwegen – was nicht ganz unmöglich ist – doch demnächst der EU beitreten, ist zu befürchten, daß man Hunderte von Gebirgshütten schließen und grundlegend verändern muß, da die bisherige (großartig funktionierende und nicht gesundheitsgefährdende) Wasserversorgung aus benach-





barten Bächen und Seen nicht den EU-Vorschriften genügt.

Einen **Verlust nationaler Hoheitlichkeit** erfahren die Mitgliedsstaaten durch die schrittweise Übergabe von Kompetenzen an die Union. Sie verlieren dadurch an politischem Spielraum und staatlicher Souveränität. Das bedeutet eine Einschränkung der nationalen Demokratie. Aufgrund des institutionellen Demokratiedefizits der Union verschlechtert sich darüber hinaus die Mitsprachemöglichkeit durch die Bürger der Mitgliedsstaaten.

### Demokratiefreier Raum der Gemeinsamen Außen- und Wirtschaftspolitik (GASP) –

Um die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Werte und Interessen der EU international zur Geltung zu bringen, streben die Integrationisten an, die EU zu einem global agierenden Mitspieler zu machen. Die Ereignisse des 11. September und terroristische Bedrohungen werden dabei instrumentalisiert. Um die Instrumente der GASP sowie die europäische Innen- und Rechtspolitik zu stärken, sind demokratische Kontrollen durch Parlamente und Gerichte anscheinend hinderlich, denn

- es gibt keine parlamentarische Mitbestimmung, das EU-Parlament hat nur Anhörungsrecht (Art. I-41)
- es gibt keine gerichtliche Kontrolle; der EUGH ist nicht zuständig (Art. III-376)
- es gibt eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedsstaaten (Art. I-41)
- es sind Kampfeinsätze außerhalb des Hoheitsgebiets der Union möglich (Art. III-309)



### Unerwünschte EU-Kritik an der Schule

Möglicherweise würde das heute nicht mehr passieren, doch daß die zeitweise verbreitete „EU-phorie“ selbst auf solch untergeordneten Schauplätzen undemokratische Züge annimmt, hatte ich einmal an meiner Schule erlebt:

Mitte der 90er Jahre hatte man beschlossen, nachdem einige Schüler in der Bundeshauptstadt eine Europa-Informationsveranstaltung erlebt hatten, aus der Begeisterung heraus einen Europa-Tag zu organisieren. Recht kurzfristig wurde dafür ein Termin festgelegt. Da es mir wichtig war, den Themenbereich von mehreren Seiten anzugehen und auch kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen, legte ich ins Mitteilungsbuch im Lehrerzimmer ein Blatt, auf dem ich um Kollegenstimmen warb, die mit mir der Meinung waren, die Veranstaltung besser vorzubereiten, nicht übers Knie zu brechen und nicht einseitig durchzuführen. Das Blatt lag dort keine drei Stunden – dann hatte es

die Schulleitung (zugegebenermaßen) konfisziert. Damals ein Vorbote des ganz besonderen „demokratischen Vorgehens“ in Sachen Europa.

\*\*\*

Bisher kaum erwähnt habe ich die vielen Vorzüge und Vorteile, die ein „vereintes Europa“ hat oder haben könnte. Wir sind alle froh darüber, daß es gelungen ist, nach Jahren des feindlichen Gegenübers und Bekämpfens zu einem friedlichen und vielerorts freundschaftlichen Miteinander zu gelangen. Das Zueinanderkommen und das Miteinanderkommunizieren, Austauschen und Handeln ist leichter geworden. Für eine Form eines anderen Europa als das einer „Brüsseler EU“ könnte ich mir vorstellen, daß es über den Austausch von Bürgergruppen, die es hier und in einigen Nachbarländern gibt, im direkten Kontakt zu der betroffenen Bevölkerung, zu kreativen Ideen, Wünschen und Mitwirkungs- und -gestaltungsvorschlägen kommt, die demokratisch gewählte Vertreter umzusetzen bereit sind.

*Für diesen Beitrag verwendete Quellen:*

*Internetseiten d. Europäischen Union  
FAZ 8.3.2005  
Der Spiegel 52/1999  
Focus 19 und 20/2005  
Mehr Demokratie e. V.  
Institut für soziale Dreigliederung  
www.wikipedia.org  
www.europarl.europa.eu*

